



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Anna Rasehorn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl** und Fraktion (SPD)

Bessere Förderung und mehr Chancengerechtigkeit für Bayerns Schülerinnen und Schüler nach dem PISA-Schock

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach dem schlechten Abschneiden der Schülerinnen und Schüler in Deutschland bei PISA für mehr Förderung und Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu sorgen und folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Es braucht ausreichende Förderangebote für Kinder im Vorschulalter, Sprachstandserhebungen allein sind nicht genug. Vorkurse Deutsch dürfen nicht mehr wegfallen.
- Zugunsten von Deutsch oder Mathematik sollen nicht generell andere Fächer gekürzt werden. Die Grundschulen erhalten hingegen mehr Entscheidungskompetenz, wie sie den Unterricht für optimale Förderung organisieren.
- Schulen erhalten sofort mehr Personal. Neben grundständig ausgebildeten Lehrkräften und Lehrkräften aus dem Quereinstieg braucht es an den Schulen Entlastung durch deutlich mehr pädagogisches Personal sowie Verwaltungs- und IT-Fachkräfte. An Grund-, Mittel- und Berufsschulen besteht besonderer Handlungsbedarf.
- Die Schulen, die vom Startchancenprogramm des Bundes profitieren sollen, müssen umgehend mittels eines validen Sozialindex ermittelt werden.

Begründung:

Die Ergebnisse der 6 100 an der internationalen OECD-PISA-Studie (OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) teilnehmenden repräsentativ ausgewählten Schülerinnen und Schülern sind in der im Dezember 2023 vorgestellten Auswertung erneut gesunken. Die Leistungseinbußen waren in den Naturwissenschaften, Mathematik und Lesen im Vergleich zu 2018 überdurchschnittlich groß. Deutschland liegt nur noch in den Naturwissenschaften signifikant über dem Durchschnitt (492 zu 485 Punkten). In Mathematik (475 zu 472 Punkten) und Lesen (480 zu 476 Punkten) sind die deutschen Schülerinnen und Schüler nur noch im OECD-Durchschnitt, der ebenfalls gefallen ist. Rund ein Drittel der getesteten 15-Jährigen hat mindestens in einem der drei Bereiche nur sehr geringe Kompetenzen. Mit den Ergebnissen von 2023 verstetigt sich ein seit Jahren bestehender Abwärtstrend. Die Staatsregierung ist aufgefordert, hier sowohl kurzfristig als auch langfristig gegenzusteuern.

Die Staatsregierung hat bereits Sprachtests im Vorschulalter angekündigt. Es bleibt jedoch unklar, welche konkreten Fördermaßnahmen daraus folgen sollen. Im Gegenteil: Wie eine Anfrage der SPD-Fraktion ergeben hat, sind zuletzt sogar die wichtigen Vorkurse Deutsch zurückgegangen.

Als Reaktion auf das PISA-Abschneiden plant die Staatsregierung eine Unterrichtsstunde mehr Deutsch in den Klassen 1 bis 4. Die SPD-Fraktion begrüßt mehr Förderung, will es jedoch stärker in das Ermessen der Schulen stellen, wie sie die Förderung organisiert. Sie lehnt das Wegfallen von anderen Fächern wie zum Beispiel Englisch ab. Angesichts des Lehrkräftemangels ist es erforderlich, das Personal aufzustocken. Besonders an den Grund-, Mittel- und Berufsschulen besteht aufgrund der teils gravierenden Umstände dringender Handlungsbedarf. Wie kürzlich in der Pressekonferenz des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) festgestellt wurde, fällt zunehmend Unterricht aus. So ist in einer Woche im Februar 2024 an 13 ausgewählten Grund- und Mittelschulen 8,3 Prozent des Unterrichts ersatzlos ausgefallen, weiter wurde Unterricht vertreten oder Klassen wurden zusammengelegt. Förder-, Differenzierungs- und Inklusionsstunden können oft nicht mehr erteilt werden. Eine Verbesserung ist nur mit mehr Lehr- und mit Unterstützungskräften zu erreichen. Die Einstellung von Quereinsteigern verläuft offensichtlich nicht reibungslos. Außerdem ist bekannt, dass Kettenbefristungen teils nicht verlängert werden oder nicht in unbefristete Verträge münden, wodurch etabliertes Personal verloren geht.

Mit dem Startchancenprogramm des Bundes, das über zehn Jahre 10 Mrd. Euro an die Länder verteilt, gibt es eine historische Chance, strukturelle Defizite im Bildungswesen zu verbessern. Dafür muss zur Auswahl der Schulen ein valider Sozialindex herangezogen werden. Es müssen die Schulen und Regionen zum Zug kommen, die am dringendsten Förderung benötigen. Eine Verteilung der Gelder nach dem Gießkannenprinzip ist nicht zielführend.